



Stammheim

Ungereimtheiten: Der Staat und seine inhaftierten Feinde von der RAF. Zur Todesnacht im Stuttgarter Hochsicherheitsgefängnis vor 40 Jahren. Außerdem: Das Bemühen um Wiederaufnahme der Ermittlungen und die Akte Schleyer.

SEITEN 3, 11 UND 12/13

GEGRÜNDET 1947 · MITTWOCH, 18. OKTOBER 2017 · NR. 242 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Repression

Streiks und Proteste: Madrid inhaftiert
2 Aktivisten der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung

Opposition

Der Verlängerung der Auslandseinsätze der Bundeswehr steht die SPD nicht im Wege
4

Handstreich

Irakische Armee und schiitische Milizen übernehmen die Kontrolle über die Erdölstadt Kirkuk
6

Attentat

Mörderische Beziehungen in Frankreich: »Identitärer« V-Mann als Waffenlieferant für Terroristen
15

Mord im Steuerparadies

Journalistin auf Malta fällt Bombenattentat zum Opfer. Daphne Caruana Galizia hatte Geldwäsche und Korruption der Regierung aufgedeckt. **Von Simon Zeise**



Forsiker ermitteln am Tatort: Eine große Bombe hatte den Wagen der Investigativjournalistin Daphne Caruana Galizia explodieren lassen

Es war ein Mord mit Anspannung: Die Journalistin Daphne Caruana Galizia hatte bei den maltesischen Behörden noch vor zwei Wochen Anzeige erstattet, weil sie Todesdrohungen erhalten hatte. Am Montag wurde sie in ihrem Auto durch eine Bombe getötet. Die Detonation war so groß, dass ihr Pkw mehrere Meter weit geschleudert wurde. Ihr Körper sei bis zur Unkenntlichkeit entstellt gewesen, erklärte die Polizei am Montag nachmittag.

Die Journalistin war eine bekannte Kritikerin der maltesischen Regierung. Im Februar 2016 hatten ihre Veröffentlichungen ein politisches Erdbeben ausgelöst. Sie hatte berichtet, dass zwei Mitarbeiter des maltesischen sozialdemokratischen Premierministers Joseph Muscat Geld in Übersee gebunkert hätten. Der Parteivorsitzende Konrad Mizzi, damals Energie- und Gesundheitsminister, sowie Wahlkampfleiter Keith

Schembri sollen eine Briefkastenfirma in Panama und Trusts in Neuseeland eröffnet haben. Die Gattin Muscats habe eine Firma in dem mittelamerikanischen Land unterhalten, die von einem Konzern im Besitz der Tochter des Präsidenten Aserbaidshans Ilham Alijew mehr als eine Million Dollar erhalten habe.

Mizzi und Schembri wollten die Anschuldigungen zunächst als »Phantasterei« kleinreden. Doch der Druck auf die Regierung wurde zu stark, als sich der Verdacht im April des vergangenen Jahres erhärtete. Die vom internationalen Journalistenkonsortium ICIJ publizierten »Panama Papers« bestätigten nämlich die Vorwürfe. Muscat musste Neuwahlen ausrufen. Aus diesen gingen die Sozialdemokraten als Sieger hervor. Muscat blieb im Sattel, wurde im Juni 2017 erneut als Premier vereidigt und konnte die »Affäre« aussitzen. Schembri behielt seinen Job. Mizzi verlor zwar

den Parteivorsitz, blieb aber Tourismusminister. Aufklärung geht anders. Im September hatte Galizia über ein Korruptionsgeflecht berichtet, das nicht nur den genannten Labour-Politikern dazu gedient haben soll, Geld zu waschen. Mehr noch sollen auch die Manager Brian Tonna und Karl Cini vom »Finanzdienstoptimierer« Nexia BT, der frühere Geschäftsführer der Zeitungen *Times of Malta*, *Sunday Times* und *Progress Press*, Adrian Hillmann, und der Unternehmer Malcolm Scerri, Geschäftspartner von Muscats Stabschef, von dem Netzwerk profitiert haben. »Überall, wo du jetzt hinschaust, sind Gauner«, schrieb Galizia in ihrem Blog am Montag eine halbe Stunde vor der Explosion der Autobombe. »Die Lage ist hoffnungslos.«

Der Abgeordnete im EU-Parlament Fabio De Masi (Die Linke) erklärte am Dienstag gegenüber jW, der entsetzliche Tod von Galizia müsse lücken-

los aufgeklärt, die Drahtzieher müssten bestraft werden. »Wir können nicht tolerieren, dass kritische Journalisten mitten in der EU ermordet werden«, so De Masi. Die Regierung in Malta sitzt auch deshalb so fest im Sattel, weil sie von den geltenden Steuerdumpingmodellen profitiert. Auch deutsche Großkonzerne nutzen diese: Lufthansa, BASF und BMW haben Briefkastenfirmen auf der Insel gegründet. »Die Bundesregierung muss endlich ihre Blockade gegen harte Gesetze zur Bekämpfung der Geldwäsche-Mafia, von Steuertricks, Korruption sowie Terrorfinanzierung aufgeben«, sagte De Masi. Muscat erklärte am Montag, er werde nicht ruhen, bevor der Fall aufgeklärt werde. Der Sohn von Daphne Caruana Galizia schrieb am Dienstag: »Meine Mutter wurde ermordet, weil sie zwischen dem Rechtsstaat und jenen stand, die ihn verletzen wollen.«

■ Siehe Seite 8

Rakka vollständig vom IS befreit



Rakka. Das lange als »Hauptstadt« der Dschihadistenmiliz »Islamischer Staat« (IS) geltende Rakka ist von Kämpfern der »Syrischen Demokratischen Kräfte« (SDK), darunter die kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG), vollständig eingenommen worden. Das bestätigten am Dienstag zahlreiche kurdische und internationale Medien. Die Militäroperation in der Stadt sei beendet, sagte SDK-Sprecher Talal Silo der Deutschen Presseagentur.

Nachdem sich in den vergangenen Tagen bereits Hunderte syrische IS-Kämpfer ergeben hatten, hatten sich zuletzt nur noch einige Dutzend ausländische Dschihadisten im Zentrum der Stadt verschanzt. Die Kämpfe sollen nach Angaben von Beobachtern mehr als 3.000 Menschen das Leben gekostet haben, unter ihnen mehr als ein Drittel Zivilisten. Für einen Teil der zivilen Opfer werden die Luftangriffe der US-geführten »Anti-IS-Koalition« verantwortlich gemacht. (dpa/jW)

Ermittlungen gegen Soldaten eingestellt

Traunstein. Die Justiz hat ihre Ermittlungen gegen sieben Bundeswehr-Angehörige in Bad Reichenhall wegen sexueller Belästigung und Volksverhetzung sowie in zwei Fällen wegen Tierquälerei eingestellt. Die Belästigung und etwaige politisch motivierte Taten hätten fünf Beschuldigten nicht nachgewiesen werden können, sagte der Sprecher der Traunsteiner Staatsanwaltschaft, Björn Pfeifer, am Dienstag. Im Fall des Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz seien die Ermittlungen gegen zwei Soldaten gegen Zahlung einer Geldstrafe eingestellt worden. Seit Februar ermittelte die Staatsanwaltschaft. Ein Soldat hatte einem Schreiben des Verteidigungsministeriums zu Folge den Vorwurf erhoben, er sei zwischen November 2015 und September 2016 sexuell belästigt und genötigt worden. (dpa/jW)

Streit um Machtaufteilung in Linksfraktion

Designierte Vorsitzende Wagenknecht droht mit Rückzug für den Fall, dass Parteispitze »mitregiert«

Von »Hauen und Stechen« in der Linkspartei war am Dienstag in der Onlineausgabe der *Hannoverschen Allgemeinen* die Rede. Tatsächlich bietet Die Linke derzeit ein Bild der Zerstrittenheit. Am Dienstag begann in Potsdam eine Klausurtagung ihrer neuen Bundestagsfraktion.

Dort sollte unter anderem über Anträge entschieden werden, die den beiden Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger – letzterer hat bei der Wahl am 24. September erstmals ein Mandat für das Berliner Parlament gewonnen – einen Einfluss auf die

Arbeit der Fraktion sichern sollen, der bisher unüblich war. Die designierten Fraktionsvorsitzenden Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch lehnen diese Bestrebungen kategorisch ab. Wagenknecht wandte sich mit einem scharf formulierten Brief an die Abgeordneten. In dem Schreiben, das jW vorliegt, betont die Politikerin, sie sehe »keinen Sinn darin, meine Kraft und meine Gesundheit in permanenten internen Grabenkämpfen mit zwei Parteivorsitzenden zu verschleifen, die offenkundig nicht zu einer fairen Zusammenarbeit bereit sind (...).« Kom-

me die Parteispitze mit diesen Versuchen durch, werde sie »nicht mehr für den Fraktionsvorsitz zur Verfügung stehen«, kündigte Wagenknecht an.

Der Klausurtagung liegt ein Antrag vor, dem zufolge die Linke-Bundestagsfraktion unter anderem ein Erstrederecht erhalten sollen, das normalerweise den Fraktionschefs zusteht. Dieser und andere Vorschläge liefen darauf hinaus, »dass die Fraktion von den Parteivorsitzenden übernommen wird, während den Fraktionsvorsitzenden nicht viel mehr als der Titel auf ihren Visitenkarten verbliebe«, mo-

niert Wagenknecht. Nach Angaben der *Frankfurter Rundschau* (Onlineausgabe) trägt Kofraktionschef Bartsch ihre Kritik mit.

Unterdessen meldete sich auch die Parteibasis zu Wort. In einem von 2.000 Genossen unterzeichneten offenen Brief wird ein Ende des Machtkampfes gefordert. Insbesondere die Denunziationen gegen Wagenknecht, »gipfelnd im Rassismusbewertung wenige Tage vor der Wahl für den Fraktionsvorsitz«, hätten mit einer »demokratischen Diskussionskultur nichts mehr zu tun«, heißt es darin. **Jana Frielinghaus**

jW wird herausgegeben von 2.075 Genossinnen und Genossen (Stand 1.10.2017)
 www.jungewelt.de/lpg

